

Nachhaltigkeit politischer Bildung - mit welchen Ressourcen? Politische Bildung 2012

Harles, Lothar

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

W. Bertelsmann Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Harles, L. (2012). Nachhaltigkeit politischer Bildung - mit welchen Ressourcen? Politische Bildung 2012. *Forum Erwachsenenbildung: die evangelische Zeitschrift für Bildung im Lebenslauf*, 1, 44-45. <https://doi.org/10.3278/FEB1201W044>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>



Nachhaltigkeit politischer Bildung - mit welchen Ressourcen?

Politische Bildung 2012

von: Harles, Lothar

DOI: 10.3278/FEB1201W044

Erscheinungsjahr: 2012
Seiten 44 - 45

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:



Creative Commons Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Zitiervorschlag

Harles, L.: Nachhaltigkeit politischer Bildung - mit welchen Ressourcen? Politische Bildung 2012. In: forum erwachsenenbildung 01/2012. Aktives Alter, S. 44-45, Bielefeld 2012. DOI: 10.3278/FEB1201W044

Lothar Harles

Nachhaltigkeit politischer Bildung – mit welchen Ressourcen?

Politische Bildung 2012



Lothar Harles

Vorsitzender Bundesausschuss Politische Bildung (bap)
c/o AKSB Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland. Katholische Fachorganisation für politische und sozialetische Bildung
D-53123 Bonn
Heilsbachstr. 6
vorstand@bap-politischebildung.de

Webseiten:
www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de
www.aksb.de

Rechtsextremismus – Gesellschaft im Spiegelbild

Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Chemnitzer Terrorzelle weisen exemplarisch darauf hin, wo Staat und Gesellschaft aktiv werden müssen, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen und welche Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt nötig sind, damit diese geachtet wird. Im Mittelpunkt stehen zuerst die Aufklärung der verübten Verbrechen und die Rolle von Verfassungsschutz und Polizei bei der Beobachtung der Terrorgruppe. Im Anschluss ist zu klären, ob und wie sich die Verbrechen hätten verhindern lassen. Zudem stellt sich die Frage, ob es ein gesellschaftliches Umfeld gab, das diese Taten billigte oder durch ihre stille Unterstützung zumindest ermöglichte. Wieso konnte das passieren? Wie kann verhindert werden, dass es sich wiederholt?

Wenn es sich um die Tat von Einzelpersonen gehandelt hätte, wären die Recherchen auf deren persönliche Entwicklung zu konzentrieren, und vielleicht ließen sich die bestimmenden Faktoren herausfinden. Es geht hier aber um mehr. Die Täter stellen keinen Ausnahmefall dar, sondern können auf ein nicht klar identifizierbares, aber bemerkenswert großes Umfeld in der Bevölkerung zurückgreifen. Sie und ihre Taten stehen in engem Zusammenhang mit bestimmten politischen Einstellungen und Vorgehensweisen: dem *Rechtsextremismus*. Dieser spricht, gut organisiert, die latenten Bedürfnisse einer wachsenden Gruppe der Bevölkerung an, weil sie mit unserer Gesellschaft unzufrieden ist, sich in ihrer Lebenssituation nicht genügend akzeptiert oder verunsichert fühlt. Deshalb suchen diese Menschen Schutz in geschlossenen Weltbildern.

Bekämpfung von Extremismus – eine Daueraufgabe

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist das Phänomen des Extremismus keineswegs neu. Es wurde auch in früheren Jahren schon notwendig, sich mit ähnlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen. In der Regel wurden strengere Gesetze, mehr Beobachtung durch den Verfassungsschutz, intensivere Verfolgung durch die Polizei oder mehr politische Bildung gefordert. Aus der Zivilgesellschaft heraus gab es Aktionen und Initiativen, die – teils in Medienkampagnen – gegen Ausgrenzung und für Toleranz, für Achtung der Menschenwürde gegen Gewalt aktiv wurden. Dadurch wurden viele Menschen sensibilisiert und mobilisiert. Es hat aber wohl nicht gereicht. Daraus ist zu schließen, dass es sich um eine Daueraufgabe in einer demokratischen Gesellschaft han-

delt. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht ab einem bestimmten Zeitpunkt ein für allemal bereit, sich für die in unserer Demokratie grundgelegten Werte aktiv einzusetzen. Selbstverständlich können sie die bürgerlichen Rechte nicht einfach als Errungenschaft in Anspruch nehmen. Sie tragen auch selbst Verantwortung für das Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Aber in der Regel entwickeln sich das Bewusstsein und die Bereitschaft dafür nicht von selbst, sondern müssen immer wieder neu geweckt und gefördert werden. Viele Akteure können dazu beitragen: Politik und Staat, gesellschaftliche Akteure und die Medien, Wissenschaft und Bildung. Hier setzt die Aufgabe der politischen Bildung an.

Politische Bildung ist Daseinsvorsorge für die Demokratie

Der politischen Bildung geht es um Information, Orientierung und Motivation zu Beteiligung und Engagement in Gesellschaft und Staat. In einer modernen Gesellschaft, in der die Lebensverhältnisse ständigen Wandlungsprozessen ausgesetzt sind, macht sich Verunsicherung über die Zukunft und der Ruf nach einfachen Lösungen breit. Angesichts der Pluralisierung der Lebenslagen und der Individualisierung der Lebensverhältnisse bestehen vielfältige Probleme. Der Diskurs über ihre Lösungsmöglichkeiten muss politisch geführt werden. Die politische Bildung bereitet diese Prozesse vor und begleitet sie, schafft aber nicht selbst die Lösungen. Diese Aufgabe kann nicht punktuell geleistet werden und setzt professionelle Fachkenntnisse voraus. In einer pluralen Gesellschaft wird auch ein Angebot aus unterschiedlichen Blickwinkeln gefordert. Denn in der Regel sind die zu findenden Lösungen nicht alternativlos, sondern Ergebnis von Wertungen und Grundentscheidungen. Im Kern geht es also um eine Daueraufgabe in der Demokratie. Diese Aufgabe kann und darf der Staat nicht allein leisten. Wer dieser Einschätzung zustimmt, erkennt die Bedeutung einer dauerhaften Infrastruktur von Trägern der politischen Bildung und die Notwendigkeit, diese in ihrer kontinuierlichen Tätigkeit durch staatliche Maßnahmen zu unterstützen.

Politische Bildung ist immer auch Bildung

Lange Zeit wurde politische Bildung, soweit sie nicht in der Schule stattfindet, der Politik und den Parteien zugeordnet und nicht der Bildung. Von ihrem eigenen Verständnis und vom Verständnis des Lebenslangen Lernens her ist das aber nicht angebracht. Sie ist in beiden Feldern zu Hause. Je nach Altersgruppe und regionaler oder sozialer Herkunft verfügt politische Bildung über verschiedene Arbeitsansätze, die lebenswelt- und erfahrungsorien-

tierte Bezüge zwischen den Teilnehmenden und den gesellschaftlichen Herausforderungen schaffen. Sie fördert unterschiedliche Kompetenzen in der Teilnehmerschaft aus allen Altersgruppen und Bevölkerungsteilen. Auch wenn es dafür keine Zeugnisse oder Zertifikate gibt, bestätigt die Biografie zahlreicher Verantwortlicher in Politik und Wirtschaft den Effekt dieser „nicht-formalen“ Bildungsangebote auf Lebensentscheidungen. Umso bedauerlicher ist es, dass die Politik dem nicht Rechnung trägt. 2010 wurde Deutschland mit breiter Zustimmung aus Politik und Gesellschaft zur *Bildungsrepublik* erklärt, und seitdem gilt das Ziel, zehn Prozent des BIP für Bildung und Forschung auszugeben. Der Haushaltstitel des Bildungsministeriums (BMBF) steigt kontinuierlich und es werden immer neue Initiativen aus der Taufe gehoben. Für die politische Bildung hatte dies aber keine positiven Konsequenzen, wie im Folgenden dargestellt wird.

Am Schluss wird es was kosten!

Wer nach Einschätzungen der Politik zur politischen Bildung sucht, wird in Sonntagsreden viel Lob über sie finden. Faktisch wirkt sich diese Anerkennung aber nicht aus, wie an der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zu erkennen ist. Diese ist eine nachgeordnete Einrichtung des Bundesinnenministeriums (BMI) und hat die Aufgabe „durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken (§ 2 Erlass bpb)“. Dazu gehört neben der Durchführung eigener Aktivitäten die Förderung von mehr als 400 freien Trägern aus allen Bereichen der Gesellschaft.

Die Debatte vom letzten November zum Haushaltsansatz 2012 der bpb im Deutschen Bundestag war zwar gekennzeichnet von hoher Anerkennung für die Arbeit der Bundeszentrale und der Träger. Doch während die Opposition eine Erhöhung des Titels forderte, verwies die Koalition auf die allgemeine Notwendigkeit von Einsparungen. Dafür könnte man noch Verständnis aufbringen, wenn das Ziel in gleicher Weise in allen Ausgabenbereichen und Ressorts verfolgt werden würde. Bereits am Tag nach der Verabschiedung machten Meldungen die Runde, dass in einem anderen Ressort der Haushalt um 50 Mio. Euro

erhöht wurde. Diese Vorgehensweise trägt nicht der besonderen Bedeutung politischer Bildung für unseren Staat Rechnung. Im Klartext heißt dies: Der Bundeshaushalt 2012 sieht nun eine Kürzung des Etats der bpb um mehr als 3 Mio. Euro auf ca. 34 Mio. Euro vor. Für die geförderten Träger beträgt die Kürzung mehr als 1 Mio. Euro, in der Konsequenz etwa 20 % weniger als im Vorjahr.

Diese Entwicklung lässt am politischen Willen zweifeln, weil es nicht das erste Mal ist, dass der Rotstift angesetzt wird. Im Jahr 1993 beträgt der Etat der bpb 42,5 Mio. Euro (Bundesetat ca. 234 Mrd. Euro). Der Jahresbericht der bpb vermerkt damals, dass empfindliche Kürzungen hingenommen werden mussten. Für 2004 steht in der Statistik bpb 37,7 Mio. Euro (Bundesetat ca. 257 Mrd. Euro). 2012 beträgt der bpb-Etat (einschl. Einnahmen aus Vertrieb) ca. 38 Mio. Euro (Bundesetat 306,2 Mrd. Euro). Aus dem bpb-Haushalt wurden für die Träger im Jahr 1993 bewilligt: ca. 11 Mio. Euro (Anteil ca. 25% am bpb-Etat), 2004 waren es 8,4 Mio. Euro (Anteil 22,3%), 2012 werden es etwas über 5 Mio. Euro (Anteil am bpb-Haushalt ca. 17%, mit Einnahmen ca. 12%) sein. Die Ausgaben in diesem Bereich sind also kontinuierlich gesunken, womit die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur bedroht ist.

Da verwundert es nicht, dass das Kuratorium der bpb, das von Bundestagsabgeordneten gebildet wird, bereits im Februar 2011 warnend darauf hingewiesen hat, wie wichtig eine ausreichende finanzielle Ausstattung der politischen Bildung ist. Ihre Erklärung steht unter dem Leitwort „Demokratie braucht politische Bildung“. Mit diesem Slogan organisieren auch die Träger politischer Bildung seit Herbst 2011 eine Unterschriftenkampagne. Sie werden auch 2012 aktiv werden müssen, um ihrem berechtigten Anliegen auf Erhöhung der Mittel Geltung zu verschaffen. Es ist zu hoffen, dass sich auf politischer Ebene die Einsicht einstellt, dass es mit Feuerwehreinsätzen in Problemsituationen wie dem Rechtsextremismus nicht getan ist, sondern durch die politische Bildung ein nachhaltiger präventiver Dienst an der Gemeinschaft nur zu leisten ist, wenn dauerhafte und bedarfsgerechte Finanzierungs- und Planungsgrundlagen gewährleistet werden. Angesichts der Haushaltsdefizite ist Sparen zwar nötig, aber an der richtigen Stelle. Sonst wird es viel mehr kosten.